



# BERLIN DEPESCHE

7. Jahrgang • Nr. 49

Dezember 2008

**Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)**

## STANDPUNKT

- 2 Martin Dörmann: „Für Investitionsimpulse, Vertrauensbildung und Nachhaltigkeit – Auf die Wirkung staatlicher Konjunkturmaßnahmen kommt es an“

## WAHLKREIS

- 3 „Bilanz 2005 – 2008“ auf Homepage abrufbar
- 3 Neujahrsempfang mit Franz Müntefering in Porz am 5. Februar 2009
- 3 Veranstaltungen zur Finanzmarktkrise und zur Arbeitsmarktpolitik (Bericht)

## KÖLN

- 4 Veranstaltung mit Karsten D. Voigt am 26. Januar 2009
- 4 Die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD zur Kommunalwahl 2009

## BUNDESTAG

- 6 Rede von Martin Dörmann auf dem Betriebsräte-Forum der Deutschen Telekom
- 7 Einigung beim Call-Center-Konzept der Telekom
- 8 Investitionen für Deutschland: Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung
- 10 Europäischer Zukunftspakt für Arbeit
- 11 Bundeshaushalt 2009
- 12 SPD-Broschüre: „Viel erreicht, viel zu tun.“
- 13 Senkung Arbeitslosenversicherungsbeitrag
- 13 Verbesserter Schutz von Arbeitszeitkonten
- 14 Bekämpfung von Schwarzarbeit
- 14 Gesine Schwan online

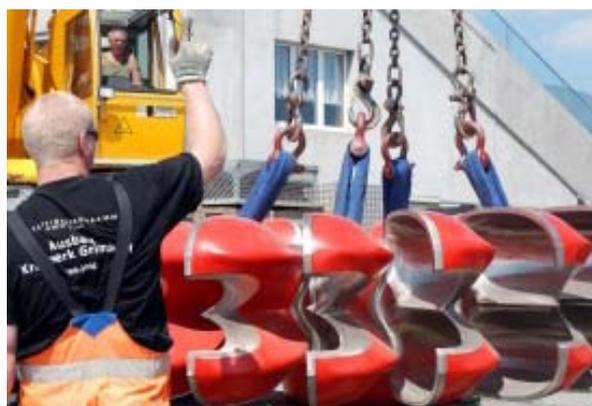
- 15 Erbschaftssteuerreform
- 16 Änderung des Bundeselterngeldgesetzes
- 16 Verlängerung des OEF-Mandats

## SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 17 Vorgestellt: Fritz-Rudolf Körper

## INFOS UND IMPRESSUM

- 18 Sitzungswochen 2008/2009, Infos über Martin Dörmann, Büroanschriften, Bildnachweis, Impressum



## Investitionen für Deutschland

**Ab Seite 8 Informieren wir über das Beschäftigungspaket der Bundesregierung, die Maßnahmen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie das Sicherheitsnetz für Beschäftigte**

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 2.12.2008

**Herausgeber: Martin Dörmann, MdB**

**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION

## Für Investitionsimpulse, Vertrauensbildung und Nachhaltigkeit Auf die Ausgestaltung staatlicher Konjunkturmaßnahmen kommt es an

Liebe Leserinnen und Leser,  
fast alle Anzeichen deuten darauf hin, dass wir vor einer schweren **Weltrezession** stehen, die auch Deutschland trifft. Auslöser und Hauptursache hierfür ist die Finanzmarktkrise.

Die Große Koalition hat mit ihrem schnellen, entschlossenen Handeln durch das **Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte** einen Zusammenbruch unseres Bankensystems verhindert. Der größtmögliche Schaden für unsere Wirtschaft und die Sparer wurde dadurch verhindert.

Darüber hinaus wurde bereits eine Vielzahl weiterer Maßnahmen auf den Weg gebracht, die als **Konjunkturstütze** und **Schutzschild für Arbeitsplätze** dienen werden. Sie beinhalten finanzielle **Entlastungen** der Bürger und Unternehmen, mehr **Anreize** für private Haushalte, zusätzliche Impulse für **Investitionen** und ein **Sicherheitsnetz für Beschäftigung**.

So werden das Kurzarbeitergeld auf 18 Monate verlängert, zusätzliche Kreditprogramme über die KfW ermöglicht, Heizkostenzuschuss beim Wohngeld und Kindergeld erhöht, der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung gesenkt und Investitionen gestärkt. Gemeinsam ist diesen Maßnahmen, dass sie nicht nur auf Strohfeuereffekte sondern **nachhaltig** und **strukturell** angelegt sind. Eine höhere Staatsverschuldung wird 2009 in Kauf genommen, ohne allerdings das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes in den nächsten Jahren ganz aus dem Blick zu verlieren.

Die Bundesregierung erhofft sich durch die Beschlüsse der letzten Wochen das **Anstoßen zusätzlicher Investitionen** durch Unternehmen, Privathaushalte und Kommunen mit einer Gesamtwirkung von **50 Milliarden Euro**.

Das so beschriebene Programm ist noch gar nicht vollständig in Kraft, da wird in der Öffentlichkeit bereits intensiv über zusätzliche Forderungen diskutiert, vor allem über **Steuererleichterungen**.

Gehen wir die Varianten im Einzelnen durch. Eine **Absenkung der Einkommensteuer** ginge an der Hälfte der Haushalte vorbei. Auch Dank der rot-grünen Steuerreformen zahlt nämlich inzwischen fast die Hälfte der deutschen Haushalte keinerlei Steuern mehr. Begünstigt würden dadurch also vor allem die gut Verdienenden. Geringverdiener würden nicht erreicht. Zudem ist gerade in Deutschland (anders als in den angelsächsischen Ländern) die Sparquote besonders hoch, so dass



nur ein Teil der Absenkung auch tatsächlich zur Ankurbelung der Binnenkonjunktur führen dürfte.

Auch eine **Mehrwertsteuersenkung** hätte zweifelhafteste Effekte, weil der geringe Preisunterschied kaum nennenswerte Kaufanreize auslöst – wenn die Absenkung denn überhaupt an die Verbraucher weitergegeben würde. Daher sind Steuersenkungen auf Pump, die nachfolgende Generationen zusätzlich belasten, kaum zu rechtfertigen.

Unter dem Aspekt der sofortigen Nachfragestimulierung würde ein einmaliger **Konsumgutschein** noch am ehesten greifen. Nachteil: die Konjunkturwirkung wäre nur kurzfristig und teuer erkaufte.

Die Bundesregierung handelt daher verantwortungsbewusst, wenn sie nicht gleich auf alle vorgetragene Wünsche eingeht, sondern sich zunächst finanzielle Spielräume und **Optionen** offen hält. Sorgfältige Arbeit ist allemal besser als hektischer Aktionismus, der wirkungslos verpufft und Vertrauen zerstört.

Sinnvoll wäre es insbesondere, **zusätzliche Investitionen** in Bereichen anzustoßen, in denen auch langfristig positive Effekte entstehen. Etwa **Bildung, kommunale Infrastruktur, Klimaschutz** und **Energieeinsparung**.

Auf der **Nachfrageseite** könnte man bei einem weiteren **Konjunkturpaket** ein Vorziehen der steuerlichen Absetzbarkeit von Krankenkassenbeiträgen, die Beseitigung des Problems der „Kalten Progression“ und erhöhte Sätze für Kinder von ALG II-Empfängern prüfen.

Insgesamt kommt es darauf an, dass knappe Geld möglichst effektiv einzusetzen, um positive Wirkungen bei vertretbaren Kosten zu entfalten.

**Vertrauen** in diese Bundesregierung ist durchaus angebracht. Sie hat in den letzten Wochen bewiesen, dass sie konzeptionell vorgeht und handlungsfähig ist, wenn es die Situation erfordert. Ich gehe davon aus, sie wird auch im nächsten Jahr auf veränderte Rahmenbedingungen angemessen reagieren.

Herzlichst  
Ihr

## „Bilanz 2005-2008“ und andere Dokumente auf Homepage abrufbar



Auf einer Bilanzveranstaltung für SPD-Mitglieder im Wahlkreis legte Martin Dörmann im November einige Dokumente vor, die auf der Startseite seiner Homepage [www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de) als pdf-Dateien abgerufen werden können:

- **Bilanz 2005 – 2008**  
Dokumentation der Arbeit als Abgeordneter in der 16. Wahlperiode
- **„Bilanz und Perspektiven“**  
Präsentation für die Bilanzveranstaltung im Wahlkreis
- **Register 2005 – 2008**  
Thematisch gegliedertes Inhaltsverzeichnis der Berlin Depesche

## Neujahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll

SPD-Parteivorsitzender

**Franz Müntefering, MdB**

spricht zum Thema:

**Politik für Arbeit und Wachstum**

**Wie sichern wir Wohlstand und sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft?**

**Donnerstag, 5. Februar 2009, 19:00 Uhr**

(Einlass: 18:00 Uhr)

Bezirksrathaus Porz, Rathaussaal,  
Friedrich-Ebert-Ufer 64-70, 51143 Köln-Porz



**Franz Müntefering**

## Veranstaltungen zur Finanzmarktkrise und zur Arbeitsmarktpolitik

### Martin Dörmann war Einlader zu zwei Diskussionsrunden mit den beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Joachim Poß und Katja Mast

Zu einem Fachgespräch über den aktuellen „Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ hatte **Martin Dörmann** am 26. November in das Kölner SPD-Parteihaus eingeladen. Zusammen mit seiner Fraktionskollegin **Katja Mast**, MdB als zuständige SPD-Berichterstatteerin für das Gesetz diskutierte er mit zahlreichen Kölner Arbeitsmarktexperten.



**Joachim Poß**



**Katja Mast**

Der Einladung folgten insbesondere betroffene Verbände und Träger sowie **Peter Welters**, Leiter der Agentur für Arbeit Köln, und **Marlis Bredehorst**, Sozialdezernentin der Stadt Köln. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie zukünftig die notwendige individuelle Betreuung von Langzeitarbeitslosen erfolgen soll. Näheres zum Gesetz in der nächsten Ausgabe der Berlin Depesche.

Bereits am 31. Oktober war am gleichen Ort **Joachim Poß**, stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Gast einer Diskussionsveranstaltung, zu der **Martin Dörmann** zusammen mit **David Kranefeld** und **Christian Joisten** von der Kölner Kommunalakademie (KölnKomMA) eingeladen hatte. Joachim Poß nahm zur Finanzmarktkrise Stellung und erläuterte das vom Bundestag verabschiedete Maßnahmenpaket und die weitergehenden Vorschläge der SPD (siehe hierzu die letzte Ausgabe Nr. 48 der Berlin Depesche).

## „Fraktion vor Ort“ mit den Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

### Obama – Chancen für einen Neuanfang der transatlantischen Beziehungen

Vortrag und Diskussion mit:

#### Karsten D. Voigt

Koordinator der Bundesregierung für deutsch-amerikanische Zusammenarbeit

**Montag, 26. Januar 2009, 19.00 Uhr**

Bürgerzentrum Nippes, Altenberger Hof, Scheune,  
Mauenheimer Straße 92, 50733 Köln



Karsten D. Voigt

## Die Kölner SPD-Kommunalwahlkandidaten 2009

### Jürgen Roters will neuer Oberbürgermeister werden



Jürgen Roters

Bereits am 6. November wurde **Jürgen Roters** von SPD und Grünen mit überwältigender Mehrheit (96 bzw. 92 Prozent) als gemeinsamer OB-Kandidat gekürt. Roters: „Ich bin stolz auf dieses Ergebnis, auf das große Vertrauen, das KölnSPD und Bündnis 90/Die Grünen mir schenken. Das ist das Fundament für unser gemeinsames Vorhaben. Wir wollen gemeinsam das zukunftsstarke, das moderne Köln bauen! Ein Köln, das weltoffen ist – und zugleich lebens- und liebenswert!“

Auf ihrer Wahlkreis Konferenz am 29. November nominierte die KölnSPD ihre Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl 2009 für den Rat und die neun Bezirksvertretungen.

## Die Kandidaturen für die drei Bezirksvertretungen im Wahlkreis

### Stadtbezirk 1: Innenstadt

1 Rudolf Reiferscheid, 2 Regina Börschel, 3 Jürgen Hufen, 4 Elke von Netzer, 5 Fabrice Witzke, 6 Wolfgang Becker, 7 Ralf Radke, 8 Ralph Scherbaum, 9 Hayra Spanke, 10 Jürgen Thoma, 11 Claudia Jansen, 12 Uschi Schmidt.

### Stadtbezirk 7: Porz/Poll

1 Willi Stadoll, 2 Thomas Salzmann, 3 Simon Bujanski, 4 Christian Joisten, 5 Andreas Weidner, 6 Karl-Heinz Pepke, 7 Alexander Stern, 8 Elke Heldt, 9 Guido Tillmann, 10 Fabian Karrenstein, 11 Kirsten Glunz, 12 Nina Lehmpfuhl, 13 Reinhard Wolter, 14 Kim Ruf, 15

Andrea Kaspereit, 16 Joachim Helmrich, 17 Hans-Dieter Metzen, 18 Evamarie Zühlsdorff.

### Stadtbezirk 8: Kalk

1 Markus Thiele, 2 Kerstin Schmedemann, 3 Oliver Krems, 4 Wolfgang Schneider, 5 Markus Klein, 6 Marco Pagano, 7 Jörg Grahl, 8 Lilo Berschel, 9 Hermann Pichler, 10 Claudia Greven-Thürmer, 11 Bernhard Brusten, 12 Inge Kurtenbach, 13 Holger Possnien, 14 Lena Krah, 15 Daniel Kremer, 16 Alex Reis, 17 Hajo Koch.

Die kompletten Listen für alle neun Stadtbezirke werden wir in einer Sonderausgabe zur Kommunalwahl im Jahr 2009 veröffentlichen.

## Die Kandidaturen für den Rat der Stadt Köln

Spitzenkandidaten der SPD für die Ratsliste sind Fraktionschef **Martin Börschel** auf Platz 1, Parteivorsitzender **Jochen Ott** auf Platz 2 sowie Bürgermeisterin **Elfi Scho-Antwerpes** auf Platz 3 der Liste.

Auf der nächsten Seite dokumentieren wir die Direktkandidaturen in den 45 Kölner Wahlbezirken.

## Die Kandidaturen in den 45 Wahlbezirken

Für die 45 Wahlbezirke in Köln hat die SPD nachfolgende Direktkandidatinnen und Direktkandidaten nominiert.

Die Ratswahlkreise, die im Gebiet des Bundestagswahlkreises Porz, Kalk, nördliche Innenstadt liegen, sind fett gedruckt und farbig hinterlegt.

Wahlbezirk	Stadtteil	Name
1	Altstadt-Süd I	Karl-Heinz Walter*
2	Neustadt-Süd I	Alfred Schultz
<b>3</b>	<b>Altstadt-Süd II, Neustadt-Süd II</b>	<b>Dr. Hans-Georg Bögner*</b>
<b>4</b>	<b>Altstadt-Nord I, Neustadt Nord I</b>	<b>Iris Koppmann</b>
<b>5</b>	<b>Altstadt Nord II, Neustadt-Nord II</b>	<b>Martin Börschel*</b>
<b>6</b>	<b>Altstadt Süd III, Deutz</b>	<b>Dietmar Ciesla-Baier*</b>
<b>7</b>	<b>Poll, Westhoven, Ensen</b>	<b>Frank Schneider</b>
<b>8</b>	<b>Gremberghoven, Eil, Porz I, Finkenberg</b>	<b>Monika Möller*</b>
<b>9</b>	<b>Urbach, Elsdorf, Girengel</b>	<b>Ulf Florian</b>
<b>10</b>	<b>Wahnheide, Wahn, Lind, Libur</b>	<b>Christian Joisten</b>
<b>11</b>	<b>Porz II, Zündorf, Langel</b>	<b>Lutz Tempel</b>
12	Bayenthal, Marienburg, Raderthal, Rodenkirchen I	Gonca Mucuk-Edis
13	Raderberg, Zollstock	Götz Bacher*
14	Rodenkirchen II, Weiß, Sürth,	Dr. Heinz Dieter Klein
15	Rondorf, Hahnwald, Godorf, Immendorf, Meschenich	Carola Steiner
16	Klettenberg, Sülz I	Dr. Alexander Fladerer*
17	Sülz II	Dr. Eva Bürgermeister*
18	Lindenthal I	Elfi Scho-Antwerpes*
19	Lindenthal II, Braunsfeld, Müngersdorf I	Barbara Albat
20	Müngersdorf II, Junkersdorf, Weiden I	Anke Brunn
21	Weiden II, Lövenich, Widdersdorf	Lisa Steinmann
22	Ehrenfeld I, Neuehrenfeld I	Cornelia Schermbach*
23	Ehrenfeld II, Neuehrenfeld II	Jürgen Brock-Mildenberger
24	Ehrenfeld III, Bickendorf I, Ossendorf	Peter Kron*
25	Bickendorf II, Vogelsang, Bocklemünd/Mengenich	Monika Schultes*
26	Seeberg, Heimersdorf	David Krahenfeld
27	Volkhoven/Weiler, Chorweiler, Blumenberg	Malik Karaman
28	Lindweiler, Pesch, Esch/Auweiler	Werner Böllinger
29	Merkenich, Fühligen, Roggendorf/Th., Worringen	Dagmar Paffen*
30	Niehl I, Longeric	Brigitte Spielberg
31	Mauenheim, Bilderstöckchen	Jörg van Geffen
32	Nippes I	Dr. Walter Schulz
33	Nippes II, Riehl, Niehl II	Dr. Ralf Heinen*
34	Niehl III, Weidenpesch	Wolfgang Bosbach*
35	Mülheim I, Buchforst, Buchheim	Polina Frebel*
36	Mülheim II	Michael Zimmermann*
37	Mülheim III, Stammheim, Flittard	Inge Halberstadt-Kausch
38	Dünnwald, Höhenhaus	Franz Philippi*
39	Dellbrück	Horst Noack
40	Holweide	Axel Kaske*
<b>41</b>	<b>Brück, Rath/Heumar</b>	<b>Oliver Krens</b>
<b>42</b>	<b>Humboldt/Gremberg I, Kalk</b>	<b>Michael Paetzold*</b>
<b>43</b>	<b>Humboldt/Gremberg II, Vingst</b>	<b>Susana dos Santos H.*</b>
<b>44</b>	<b>Höhenberg, Merheim</b>	<b>Michael Neubert*</b>
<b>45</b>	<b>Ostheim, Neubrück</b>	<b>Jochen Ott*</b>

Die Kandidatinnen und Kandidaten, die heute bereits Ratsmitglieder sind, wurden mit einem \* gekennzeichnet

→ Mehr Infos unter: [www.koelnspd.de](http://www.koelnspd.de)

## Grußwort von Martin Dörmann an Betriebsräte der Deutschen Telekom

### Rede auf dem Betriebsräte-Forum am 12. November 2008 in Berlin

**Das nachfolgende Grußwort sprach Martin Dörmann als zuständiger Berichterstatter für Telekommunikation sowie stellv. wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion vor einigen Hundert Betriebsräten aus ganz Deutschland.**

Liebe Waltraud, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, Euch und Ihnen die herzlichen Grüße der SPD-Bundestagsfraktion übermitteln zu dürfen.

Liebe Waltraud, wir wünschen Dir für die verantwortungsvolle neue Aufgabe als Vorsitzende des Konzernbetriebsrates viel Glück. Auch ich persönlich möchte Dir noch einmal sehr herzlich zu Deiner Wahl gratulieren.

Bei Deinem Vorgänger Willi Wegner möchte ich mich zugleich für die gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit bedanken. In den Gesprächen mit ihm habe ich immer viel über das Unternehmen und die Sorgen seiner Belegschaft erfahren.

Die Situation der Telekom beschäftigt uns in der SPD-Fraktion immer wieder, gerade in den letzten Wochen besonders intensiv.

Wir wollen eine starke Telekom als unseren Global Player auf den Telekommunikationsmärkten. Dabei ist uns sehr bewusst, vor welchen großen Herausforderungen das Unternehmen steht.

Auch weiterhin steht die Telekom unter einem großen Druck durch die Regulierung. Gleichzeitig sieht sie sich einem intensiven Preiswettbewerb durch die Wettbewerbsunternehmer ausgesetzt. Hinzu kommt, dass durch die weitere technologische Entwicklung hoher Investitionsbedarf und Anpassungsdruck besteht. Hier sei nur das Stichwort Next Generation Networks NGN erwähnt.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für faire Regulierungsbedingungen ein. Dabei sollten beispielsweise besondere Personalkosten, die der Telekom durch sozialverträgliche Vereinbarungen entstehen, in angemessener Weise berücksichtigt werden. Und wir wollen, dass die Regulierung stärker als bisher auf die Förderung von Investitionen, Innovationen und nachhaltige Arbeitsplatzsicherung ausgerichtet wird.

Die Telekom hat bereits in den letzten 10 Jahren einen erheblichen Personalabbau bewältigen müssen. Es ist ein großer Erfolg für alle Beteiligten, dass dies immer in sozialverträglicher Weise umgesetzt werden konnte.

Für die Beschäftigten und insbesondere auch für die Betriebsräte und ver.di war und ist dies sicherlich auch weiterhin ein sehr schmerzhafter Prozess. Arbeitnehmervertreter in anderen Branchen kämpfen um hohe Zusätze beim Gehalt. Bei der

Telekom befindet man sich auf Grund der Konkurrenzsituation in einem ständigen Abwehrkampf. Das kostet viel Kraft.

Umso mehr kommt es für ein gutes Betriebsklima darauf an, dass der Vorstand bei seinen Umbaumaßnahmen mit Sensibilität und Augenmaß vorgeht. Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion ist dies in letzter Zeit nicht immer der Fall gewesen.



Ich will dies am aktuellen Beispiel des Callcenter-Konzeptes darlegen. Niemand wird bestreiten wollen, dass der ökonomische Druck das Unternehmen zwingt, seine Callcenter in Deutschland zu konsolidieren. Aber auch hier kommt es auf eine angemessene Balance zwischen Wettbewerbsfähigkeit einerseits und gesicherter Beschäftigung andererseits an.

Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion ist diese Balance bei dem bislang vom Vorstand vorgelegten Callcenter-Konzept nicht gewahrt. Wenn ein großer Teil der Beschäftigten tägliche Fahrtzeiten von 2 bis 4 Stunden zurücklegen muss, werden viele faktisch nicht in der Lage sein, das Angebot einer Weiterbeschäftigung an einem anderen Standort anzunehmen. Zumal darunter viele Teilzeitbeschäftigte und Frauen sind, die familiär gebunden sind.

Wir haben deshalb den Vorstand aufgefordert, das Konzept mitarbeitergerecht zu verändern, so dass für alle eine Weiterbeschäftigung im Unternehmen auch tatsächlich ermöglicht wird. Wir hoffen, dass in dem nun anstehenden Einigungsstellenverfahren Kompromisse gefunden werden, die dies ermöglichen.

Ich glaube, für das weitere Klima innerhalb der Telekom wird es ganz entscheidend sein, ob der Vorstand sich hier deutlich bewegt. Ich bin sehr in Sorge um das Kommunikationsklima im Unter-

nehmen.

Bei meinen zahlreichen Gesprächen mit Beschäftigten und Betriebsräten vor Ort ist mir eigentlich überall das gleiche Grundgefühl entgegen geschlagen. Grundsätzlich haben die Beschäftigten eine hohe Identifikation mit dem Unternehmen und sind auch bereit, für eine gute wirtschaftliche Zukunft und sichere Arbeitsplätze Opfer zu bringen. Sie haben derzeit aber das Gefühl, dass nur noch von oben herab Entscheidungen getroffen werden und es an vielen Stellen an Respekt für die geleistete Arbeit fehlt.

Gerade in der letzten Woche habe ich in meiner Heimatstadt Köln einige Gespräche mit Mitarbeitern geführt. 2 Beispiele will ich nennen: Ein Call-center-Agent, der 40 Jahre im Unternehmen ist, beklagte sich darüber, dass der Druck ständig zunehme und krank mache. Das Vertrauen in die Fähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sei offenbar verloren gegangen, weil alles dirigistisch geregelt würde.

Ein anderer Mitarbeiter berichtete mir von seinem 25-jährigen Dienstjubiläum. Früher sei man hierfür am selben Tag vom Amtsvorsteher persönlich belobigt worden. Und wie ist es heute? Vier Wochen nach dem Jubiläum habe er eine Urkunde erhalten. Dieses hat er der Leiterin seines Kontaktzentrums berichtet. Was hat sie darauf geantwortet: „Ja warum haben Sie mir gegenüber ihr Jubiläum nicht früher erwähnt?“

Dieses kleine Beispiel zeigt, dass es nicht nur darauf ankommt, den Service für die Kunden zu verbessern, sondern auch im Unternehmen für ein Klima des Vertrauens und des Zusammenhalts zu sorgen.

Hierzu gehört der Respekt vor der Leistung aber auch vor den unterschiedlichen Rollen aller Beteiligten. Ich sage deshalb genauso deutlich: Plakate, auf denen Vorstandsmitglieder persönlich mit Foto als Arbeitsplatzvernichter dargestellt werden, sind sicherlich auch nicht hilfreich und angemessen. Der sozialverträgliche Arbeitsplatzabbau der vergangenen Jahre war schließlich nicht das Resultat überheblicher Vorstandsentscheidungen, sondern eine weitgehend erzwungene Reaktion auf das Ende des Monopols, den Wettbewerb und die technologische Entwicklung.

Beide Sozialpartner tragen letztlich eine gemeinsame Verantwortung: Für eine gute wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens und für die berechtigten Interessen der Beschäftigten.

Deshalb hoffe ich auf gute und hoffentlich erfolgreiche Gespräche in den nächsten Wochen und darüber hinaus.

Dem Forum der Betriebsräte wünsche ich gute Diskussionen und den Betriebsräten viel Erfolg für ihre Arbeit.

Herzlichen Dank für Eure und Ihre Aufmerksamkeit.

## Einigung beim Call-Center-Konzept der Deutschen Telekom

---

### Call-Center im Raum Köln wurde gesichert

**In der Nacht vom 27./28. November einigten sich Arbeitgeber und Gesamtbetriebsrat auf ein Call-Center-Konzept bei der Deutschen Telekom. Hierzu erklärte Martin Dörmann:**

Die Einigung ist ein vertretbarer Kompromiss, der gegenüber den ursprünglichen Plänen des Vorstands deutlich auf die Beschäftigten zugeht und bessere Zukunftsperspektiven bietet. Statt 24 bleiben nun 33 Standorte erhalten, zudem wird es an weiteren sechs Standorten wohnortnahe Beschäftigungsmöglichkeiten für besonders betroffene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geben. Hinzu kommt ein umfassender Sozialplan im Volumen von bis zu 40 Millionen Euro zur Abfederung von Härtefällen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte sich in einer Resolution für die mitarbeitergerechte Veränderung der ursprünglichen Pläne eingesetzt, zahlreiche Gespräche mit den Beteiligten geführt und unsere Position insbesondere auch gegenüber dem Vorstand nachdrücklich vertreten. Wir hatten gefordert, Anzahl und Zuschnitt der Call-Center-Standorte sowie finanzielle Hilfen so anzulegen, dass es den Beschäftigten auch tatsächlich ermöglicht wird, im Unternehmen zu bleiben.

Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Josef Bednarski, der die Verhandlungen von Arbeitnehmer-

seite geführt hat, sieht durch das Ergebnis unsere Ziele im Wesentlichen umgesetzt. Der erzielte Kompromiss ist ein Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Aspekten und den Interessen der Beschäftigten, den wir begrüßen. Er ist insbesondere ein Erfolg für die konsequente Verhandlungsführung des Gesamtbetriebsrats.

Besonders freue ich mich darüber, dass es gelungen ist, für die über 700 Beschäftigten in der Region Köln einen Verbundstandort zu vereinbaren, der die Belegschaften aus den bisherigen Standorten in Köln, Bonn und Aachen zusammenfassen wird. Dieser neue Standort wird im Südwesten Kölns angesiedelt, bisheriger Arbeitstitel ist „Standort Brühl“. Die genaue Ortschaft ist noch zu klären. Damit wurde ein Standort vereinbart, der für die Beschäftigten in der Region nicht mit übermäßigen Belastungen verbunden ist. Für einen solchen Verbundstandort hatte ich mich zuvor in einem Schreiben an Telekom-Vorstand René Obermann nachdrücklich eingesetzt. Der nun gefundene Kompromiss ist insbesondere auch im Interesse der Beschäftigten im bisherigen Standort Köln.

### Aktuelle Maßnahmen der Bundesregierung zur Beschäftigungssicherung und zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger

Das Bundeskabinett hat am 5. November ein Beschäftigungspaket beschlossen, das die am 7. Oktober beschlossenen Maßnahmen ergänzt. Ziel ist die Stärkung der Investitionsfähigkeit unserer Wirtschaft, um Arbeitsplätze zu sichern und der Konjunkturschwäche entgegen zu treten.

#### 1. Entlastung der Bürger

- **Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger**

Zum 1. Januar 2009 steigt das Wohngeld von durchschnittlich 92 Euro monatlich auf 142 Euro. Profitieren werden rund 800.000 Haushalte, darunter etwa 300.000 Rentnerhaushalte. Um insbesondere einkommensschwache Menschen von steigenden Energiekosten zu entlasten, gibt es rückwirkend zum 1. Oktober 2008 für einen Ein-Personen-Haushalt eine Heizkostenpauschale von 100 Euro, ein Zwei-Personen-Haushalt erhält 130 Euro.

- **Mehr Kindergeld**

Wir haben in der Koalition dafür gesorgt, dass das Kindergeld steigt. Zum 1. Januar 2009 erhöhen wir für das erste und zweite Kind die monatlichen Zahlungen von 154 Euro auf 164 Euro. Für dritte Kinder steigt das Kindergeld um 16 Euro auf 170 Euro, für vierte und weitere Kinder von 179 Euro auf 195 Euro. Besonders Familien mit kleinen und mittleren Einkommen kommt die Kindergelderhöhung zu Gute. Seit unserer Regierungsübernahme haben wir das Kindergeld damit zum vierten Mal erhöht - von 112 Euro auf 164 Euro monatlich.

Kinder, deren Eltern ALG II oder Sozialhilfe beziehen, lassen wir nicht im Regen stehen. Sie erhalten jeweils zum Schuljahresbeginn zusätzliche Leistungen für den Schulbedarf von 100 Euro bis zum Abschluss der 10. Klasse. Mit diesem Schulbedarfspaket sollen insbesondere die persönliche Schulausstattung wie Schulranzen, Schreib- und Rechenmaterialien bezahlt werden können.

- **Mehr Netto vom Brutto**

Zum 1. Januar 2009 sinkt der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung auf 2,8 Prozent. Innerhalb von 24 Monaten haben wir damit den Beitragssatz mehr als halbiert. Ende 2006 lag er noch bei 6,5 Prozent. Wir entlasten die Beitragszahler damit um rund 28 Mrd. Euro. Bei einem Jahres-Brutto-Einkommen von 30.000 Euro ist das für die Beschäftigten eine Entlastung von 555 Euro im Vergleich zu 2006.

- **Steuerabzug von Vorsorgeaufwendungen**

Zum 1. Januar 2010 werden wir den Steuerabzug von Vorsorgeaufwendungen für die Kranken- und

Pflegeversicherung deutlich verbessern. Die Bürgerinnen und Bürger werden dadurch um 9 Mrd. Euro entlastet.

#### 2. Mehr Anreize für private Haushalte

- **Bessere Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen und Beschäftigungsverhältnisse**

Wir wissen, dass für Familien die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von höchster Bedeutung ist. Deshalb ist es neben der Kindergelderhöhung ebenso wichtig, die steuerliche Berücksichtigung familienunterstützender und pflegebegleitender Dienstleistungen zu vereinfachen und die Spielräume für die Inanspruchnahme solcher Hilfen zu erhöhen. Um Familien besser bei der Bewältigung des Alltages zu unterstützen, werden wir die steuerliche Förderung deutlich, auf einheitliche 20 Prozent der Aufwendungen, ausweiten.

- **Verbesserte Absetzbarkeit von Handwerksleistungen**

Um private Haushalte zu entlasten und Schwarzarbeit zu bekämpfen, wird die Absetzbarkeit von Handwerksleistungen bei Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen ausgeweitet. Der Steuerbonus wird auf 20 Prozent von 6.000 Euro zum 1. Januar 2009 verdoppelt, also auf bis zu 1.200 Euro.

- **Befreiung von der KFZ-Steuer**

Für PKW mit Erstzulassung zwischen dem 5. November 2008 und dem 30. Juni 2009 führen wir befristet eine Kfz-Steuerbefreiung für ein Jahr ein. Wir wollen damit eine Kaufzurückhaltung bis zur Umstellung der Kfz-Steuer auf CO<sub>2</sub>-Verbrauch auflösen. Für Fahrzeuge, die die Euro-5 und Euro-6-Norm erfüllen, verlängert sich die maximale Kfz-Steuerbefreiung auf zwei Jahre ab Erstzulassung. Die Kfz-Steuerentlastung endet in jedem Fall am 31.12. 2010.

#### 3. Impulse für mehr Investitionen

- **Aufstockung des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms**

Um zusätzliche Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden anzustoßen, werden die Mittel für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm und andere Maßnahmen um 3 Mrd. Euro für die Jahre 2009 bis 2011 aufgestockt. Mit eingeschlossen ist sowohl die Initiative „Wirtschaftsfaktor Alter“, mit der der altersgerechte Umbau von Wohnraum durch die KfW gefördert wird, als auch der Investitionspakt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zur energetischen Sanierung von öffentlichen Einrichtungen, wie z. B. Schulen, Kindergärten, Sportstätten und auch von Großsiedlungen.

- **Aufstockung von Infrastruktur- und Wirtschaftsstrukturprogrammen**

Für wichtige Infrastrukturvorhaben strukturschwacher Kommunen werden die Infrastrukturprogramme der KfW um 3 Mrd. Euro aufgestockt. Die Zinskonditionen werden dabei für einen befristeten Zeitraum besonders günstig gestaltet. Außerdem sollen die Bundesländer im Rahmen ihrer Kommunalaufsicht dafür sorgen, dass auch finanzschwache Kommunen auf das Programm zugreifen können.

Um die Finanzmittel zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zu erhöhen stellt der Bund den Ländern zusätzlich 200 Mio. Euro zur Verfügung.

- **Auflegung eines „Innovations- und Investitionsprogramms Verkehr“**

Um dringliche Verkehrsinvestitionen beschleunigt umsetzen zu können, wird ein „Innovations- und Investitionsprogramm Verkehr“ mit einem Volumen von insgesamt 2 Mrd. Euro für die Jahre 2009 und 2010 aufgelegt. Berücksichtigung finden das Programm „Schiene“ sowie Maßnahmen für Lärmschutz, zur Instandhaltung und zum Ausbau von Bundesfernstraßen und zur Substanzerhaltung von Wasserstraßen. Damit werden gezielt konjunkturelle Akzente gesetzt. Weiterhin sollen Straßenbauprojekte, die bereits grundsätzlich als geeignet für eine öffentlich-rechtliche Partnerschaft identifiziert worden sind, beschleunigt umgesetzt werden.

- **Bessere Abschreibungsmöglichkeiten**

Zum 1. Januar 2009 führen wir die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Höhe von 25 Prozent ein. Die Regelung ist befristet auf zwei Jahre. Mit dieser Maßnahme fördern wir gezielt neue Investitionen von Unternehmen.

Ebenfalls befristet für zwei Jahre ist die erweiterte Sonderabschreibung für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) möglich. Hierbei werden die relevanten Betriebsvermögens- und Gewinnrenten auf 335.000 Euro bzw. 200.000 Euro erhöht.

#### **4. Förderung von Innovation und Energieeffizienz**

- **Förderung ökoeffizienter Fahrzeuge**

Wir wollen die Entwicklung und Verbreitung ökoeffizienter Fahrzeuge fördern und dabei gleichzeitig der Automobilbranche diesen Anpassungsprozess erleichtern: Wir werden die Umstellung der Kfz-Steuer auf eine CO<sub>2</sub>- und schadstoffbezogene Besteuerung mit Wirkung ab 2011 zügig vorantreiben und auf eine Übertragung der Kfz-Steuer auf den Bund hinwirken.

Auf europäischer Ebene werden wir darauf drängen, die angestrebte Regelung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Pkw ab 2012 so auszugestalten, dass die Belastungen für die Automobilindustrie verkraftbar

sind.

- **Entwicklung moderner Fahrzeugtechnologie**

Wir wollen erreichen, dass die Finanzierungsziele der Europäischen Investitionsbank (EIB) für Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationskredite von 7,2 Mrd. Euro in 2007 auf 10 Mrd. Euro in 2009 aufgestockt werden, um u. a. die Entwicklung moderner Fahrzeugtechnologie voranzutreiben.

Darüber hinaus wollen wir erreichen, dass das jährliche Kreditvolumen der EIB zur Unterstützung von KMU von ca. 5 Mrd. Euro in 2007 auf jeweils 8 Mrd. Euro in 2009 und 2010 erhöht wird, wovon kleinere Zulieferer der Automobilindustrie profitieren würden.

- **Innovationsförderung**

Um insbesondere auch in schwierigeren Zeiten generell Innovationen und Energieeffizienz zu fördern, wird die KfW ihre bisherigen Maßnahmen im Bereich der Innovationsförderung und -umsetzung deutlich verstärken. Gleichzeitig wird die KfW ihr Angebot an Beteiligungskapital aufstocken, damit junge innovative Unternehmen einfacher zu einer Anschlussfinanzierung finden.

#### **5. Sicherheitsnetz für Beschäftigte**

- **Beschäftigungssicherung mit Weiterqualifizierung verknüpfen**

Das Sonderprogramm für ältere und geringqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (WegeBau) wird flächendeckend ausgebaut, um durch berufsbegleitende Weiterbildung Entlassungen zu verhindern.

- **Mehr Vermittler**

Wir schaffen 1.000 zusätzliche Vermittlerstellen in den Agenturen für Arbeit, damit die Vermittlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verbessert wird, die sich in der Kündigungsphase befinden (Job-to-Job-Vermittlung).

- **Verlängerung des Kurzarbeitergeldes**

Befristet auf ein Jahr werden wir die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld von bisher 12 Monaten auf 18 Monate verlängern. Die Phase der Kurzarbeit soll möglichst für die Weiterqualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern genutzt werden können.

Vor dem Hintergrund einer sich abschwächenden Konjunktur handeln wir in der Großen Koalition entschlossen und zielstrebig. Wir tun alles, um Arbeitsplätze zu sichern, kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen und die Konjunktur zu stärken. Konkret heißt das, dass

- die Lohnnebenkosten stabil bleiben und mehr Netto vom Brutto bleibt,

- die Kaufkraft der Menschen durch die Kindergeld- und Wohngelderhöhung gestärkt wird,
- der Steuerabzug von Krankenversicherungsbeiträgen deutlich erhöht wird,
- wir ein Sicherheitsnetz für Beschäftigung spannen,
- das Kreditangebot der privaten Bankwirtschaft verstärkt und die Kreditversorgung der Wirtschaft und des Mittelstandes gesichert wird,
- das Co<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm weiter aufgestockt wird,
- wichtige Infrastrukturvorhaben strukturschwacher Kommunen weiter unterstützt werden,
- wir die Entwicklung und Verbreitung ökoeffizienter Fahrzeuge und
- bessere Abschreibungsmöglichkeiten für bewegliche Wirtschaftsgüter geschaffen werden, damit Unternehmen weiter investieren,
- generell Innovation und Energieeffizienz fördern.

Die Maßnahmen der Bundesregierung fördern in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen und Aufträge von Unternehmen, privaten Haushalten und Kommunen in einer Größenordnung von rd. 50 Mrd. Euro. Darüber hinaus gewährleisteten Maßnahmen zur Sicherung der Finanzierung und Liquidität bei Unternehmen die Finanzierung von Investitionen im Umfang von gut 20 Mrd. Euro. Zusammen mit dem vom Kabinett am 7. Oktober 2008 beschlossenen Maßnahmen werden allein in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt rd. 32 Mrd. Euro aus den öffentlichen Gesamthaushalten zur Verfügung gestellt.

## „Europäischer Zukunftspakt für Arbeit“

### Außenminister Steinmeier ergreift europäische Initiative

Der SPD-Kanzlerkandidat, Bundesaußenminister **Frank-Walter Steinmeier**, hat einen "Europäischen Zukunftspakt für Arbeit" vorgeschlagen. Da kein Staat und keine Volkswirtschaft in der Lage sei, die weltweite Finanzkrise alleine zu lösen, benötige man "jetzt auch einen starken europäischen Impuls".



Schon beim Bundesparteitag der SPD am 18. Oktober forderte Steinmeier einen "Schutzschirm für die Arbeitsplätze in Deutschland". Inzwischen hat die Bundesregierung auf Drängen der sozialdemokratischen Minister den Rettungsschirm für Banken um einen Schutzschirm für Arbeitsplätze ergänzt. Angesichts der

globalen Finanzkrise und ihrer Folgen sagte Steinmeier, Europa stehe als größter Binnenmarkt der Welt besonders in der Pflicht, nationale Maßnahmen durch gemeinsames europäisches Handeln zu ergänzen. Deshalb forderte er am Donnerstag, auf europäischer Ebene "energisch" zu handeln, um Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern - auch für die Zukunft: "Wir müssen klug handeln, indem wir heute die Grundlagen für Europas Aufschwung von morgen schaffen."

Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering lobte Steinmeiers "Europäischen Zukunftspakt für Wachstum" als vorbildlich. Europa könne "damit auch ein Beispiel geben für das, was jetzt weltweit dringend erforderlich ist", sagte Müntefering mit Blick auf das Treffen der Staats- und Regierungschefs am Freitag in Washington.

Auch der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) und ehemalige Ministerpräsident Dänemarks, Poul Nyrup Rasmussen, begrüßte Steinmeiers Vorschläge. Diese seien "genau das, was jetzt gebraucht" werde. Rasmussen forderte die EU-Mitgliedsstaaten dazu auf, auf die "äußerst konstruktiven Vorschläge" positiv einzugehen.

Der Europäische Zukunftspakt für Arbeit sieht neun Maßnahmen vor:

- die Überprüfung aller europäischen Programme im Sinne einer Vorfahrt für Beschäftigung dahingehend, wie kurzfristig Beschäftigung erhalten oder neu geschaffen werden kann;
- eine europäische Initiative zum Ausbau der Energie- und Breitband-Infrastruktur;
- den Start einer EU-Forschungsoffensive im Bereich der regenerativen Energien;
- die Einführung eines EU-Kredit-Programms für kleine und mittlere Unternehmen;
- eine stärkere Abstimmung im Rahmen der Euro-Gruppe und einen intensiveren Dialog mit der EZB über eine verantwortungsvolle Wirtschafts- und Finanzpolitik;
- Fortschritte bei der Harmonisierung der Unternehmens- und Zinsbesteuerung - um Steuerschlupflöcher zu schließen und Möglichkeiten zur Steuergestaltung einzuschränken;
- einen vertieften Dialog der Sozialpartner und die Nutzung der Möglichkeiten der Mitbestimmung;
- die Sicherung des freien Welthandels vor protektionistischen Tendenzen;
- eine führende Rolle Europas bei der Neuordnung der internationalen Finanzmärkte.

### Klarer Kurs in unsicherer Lage

In Folge der internationalen Finanzmarktkrise und den daraus resultierenden Maßnahmen, um den negativen Auswirkungen zu begegnen, musste der Haushalt gegenüber der ursprünglichen Planung erheblich verändert werden. Das Ziel, für 2011 einen Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung zu erreichen, musste zugunsten der Stabilisierung der Wirtschaft und der Finanzsysteme zurückgestellt werden. Zusätzliches Sparen in der Krise wäre der falsche Weg. An dem grundlegenden Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts hält die Große Koalition aber nach wie vor fest. Ein Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung soll in der nächsten Legislaturperiode erreicht werden.

Die Weltfinanzmarktkrise trübt die Konjunktur in Deutschland empfindlich ein. Die deutsche Wirtschaft ist auf Abschwungkurs. In dieser Situation hat die Abwehr von großem Schaden für unser Land höchste Priorität. Dem muss sich auch das Ziel, 2011 keine neuen Schulden mehr zu machen, unterordnen. Insgesamt steigt die Nettokreditaufnahme gegenüber dem Haushaltsentwurf von 10,5 Milliarden Euro auf 18,5 Milliarden Euro. Die Investitionen werden um 1,35 Milliarden Euro auf 27,22 Milliarden Euro aufgestockt und die Gesamtausgaben belaufen sich auf 290 Milliarden Euro (Steigerung gegenüber dem Entwurf um 1,6 Milliarden Euro).

### Dauerhafte Entlastungen, Wachstumsimpulse und Sicherung der Arbeitsplätze

In der jetzigen Lage stehen im Vordergrund dauerhafte Entlastungen und gezielte Wachstumsimpulse, die schnell greifen und Arbeitsplätze in Deutschland sichern. Den Bereichen unserer Wirtschaft, die unmittelbar und heftig von der Finanzmarktkrise betroffen sind, gilt besondere Aufmerksamkeit, vor allem dem privaten Konsum sowie den kleinen und mittleren Unternehmen - beides Tragpfeiler der Konjunktur.

Die Große Koalition hat deshalb in enger Abstimmung mit der Bundesregierung wichtige Maßnahmenpakete beschlossen:

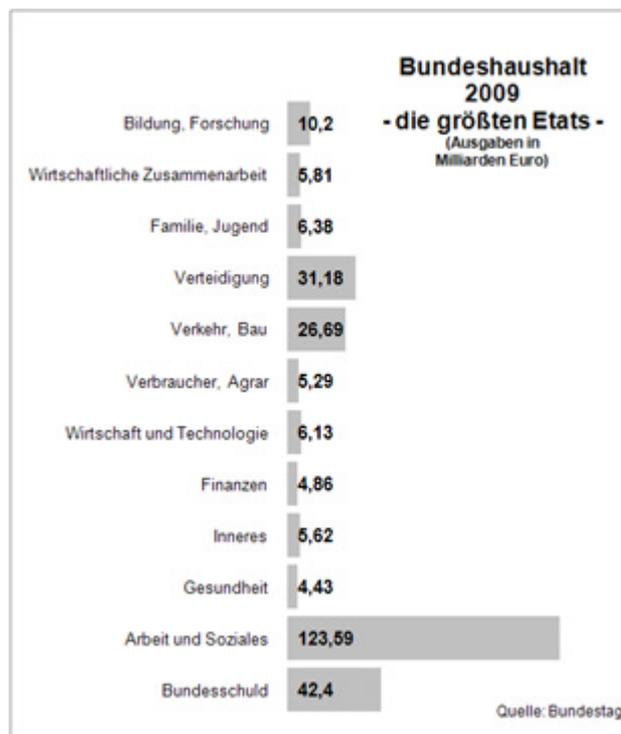
- Um das Vertrauen in das Finanzsystem zu stärken, wurden zur Stabilisierung der Finanzmärkte umfangreiche Hilfen von bis zu 480 Milliarden Euro zur Behebung von Liquiditätsengpässen und zur Stärkung des Eigenkapitals von Finanzinstitutionen beschlossen („Finanzmarktstabilisierungsfonds“).
- Gleichzeitig wurde mit einem Maßnahmenpaket zur Senkung der steuerlichen Belastung, der Stabilisierung der Sozialversicherungsausgaben und für Investitionen in Familien eine spürbare Entlastung der Bürger im Volumen von über sechs Milliarden Euro in 2009 und von fast 14 Milliarden Euro bis 2010 beschlossen.
- Für Schlüsselbereiche der deutschen Wirtschaft wurde darüber hinaus ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung auf den Weg gebracht.

### Wesentliche Änderungen im Bundeshaushalt gegenüber dem Entwurf

Im Rahmen der parlamentarischen Beratung konnten die Investitionen um 1,35 Milliarden Euro auf 27,22 Milliarden Euro aufgestockt werden. Damit hat die Große Koalition, in der aktuellen finanz- und wirtschaftspolitischen Situation notwendige Prioritäten gesetzt und Beschäftigungsimpulse gegeben.

Die ausgabewirksamen Maßnahmen des Pakets „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ wurden umgesetzt. Für die Umsetzung der steuerrechtlichen Regelungen des Pakets mussten für 2009 Steuermindeereinnahmen von 1,427 Milliarden Euro eingestellt werden.

Der Rahmen für Gewährleistungsermächtigungen wird gegenüber dem Regierungsentwurf deutlich um 50 Milliarden Euro auf 359 Milliarden Euro erhöht. Er trägt der beschlossenen Abschirmung der Hypo Real Estate (bis zu 35 Milliarden Euro) sowie der Absicherung der KfW für Maßnahmen des Programms „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ Rechnung.



Darüber hinaus hat der Haushaltsausschuss die generelle Verstärkungsmöglichkeit des Gewährleistungsrahmens, deren Inanspruchnahme der Einwilligung des Haushaltsausschusses bedarf, von 20 Prozent auf 30 Prozent erhöht. Die zusätzlichen 10 Prozent ermöglichen weitere 36 Milliarden Euro Gewährleistung, sofern notwendig. Damit erreicht der maximal in 2009 zur Verfügung stehende Gewährleistungsrahmen einen Höchstwert von etwa 467 Milliarden Euro.

Außerdem ist jetzt gesetzlich festgelegt, dass vor der beabsichtigten Übernahme eine Eventualverpflichtung in Höhe von mehr als einer Milliarden Euro des Haushaltsausschuss zu unterrichten ist.

## Arbeit und Soziales

Natürlich werden die verschlechterten Konjunkturaussichten aller Wahrscheinlichkeit nach auch zu Mehrbelastungen im Bereich Arbeit und Soziales führen. Denn mittelfristig wird sich die veränderte wirtschaftliche Situation auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes auswirken. Darüber hinaus wurde es angesichts der politischen Einigungen im Koalitionsausschuss (Krankenkassenbeitrag, Schulstarterpaket) notwendig, den Ansatz für das Arbeitslosengeld II um 250 Millionen Euro zu erhöhen.

Ein klares Signal gegen die drohende Eintrübung am Arbeitsmarkt wurde mit der deutlichen Aufstockung der Vermittlerkapazität gesetzt. Neben der Aufstockung der Vermittlerzahlen insgesamt sorgen wir in den nächsten Jahren mit dafür, dass die Befristungsquote bei den Beschäftigten in den Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) auf 10 Prozent reduziert wird.

## Wirtschaft

Impulse, insbesondere für den Mittelstand gehen von zusätzlichen Mitteln von jeweils zehn Millionen Euro für die Technologieförderung Mittelstand beziehungsweise für die Forschungsinfrastruktur für den Mittelstand aus. Damit wird die Mittelstandsförderung ergänzt, die im Maßnahmenpaket der Bundesregierung bereits angelegt war, insbesondere dort durch 200 Millionen Euro zusätzlich für die Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur.

Aufgrund der erfreulichen Entwicklung des Energiepreises für Steinkohle können im Rahmen des bestehenden Kohlekompromisses die Zuschüsse des Bundes für den Absatz der deutschen Steinkohle um knapp 400 Millionen Euro gesenkt werden.

## Bildung und Forschung

200 Millionen Euro wurden zusätzlich für Investitionen in Berufsbildungseinrichtungen und bei den Großforschungseinrichtungen bereitgestellt, um den Standard der Einrichtungen zu heben, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken sowie auch hier Beschäftigungsimpulse zu geben.

## Verkehr, Bauen

Nach der Zustimmung zur LKW-Mauterhöhung im Bun-

desrat können die Einnahmen im Haushalt für unterschiedliche Verkehrsbereiche endgültig verplant werden. Dadurch wird ein erhebliches Investitionsvolumen gesichert. Durch diese Infrastrukturmaßnahme wird ein spürbar nachhaltiger Effekt auf die Wirtschaft ausgehen. Dieser Effekt wurde durch die zusätzlichen zwei Milliarden Euro aus dem Maßnahmenpaket der Bundesregierung in Straße, Schiene und Wasserstraße noch verstärkt. Zugleich haben wir Voraussetzung für wichtige verkehrspolitische Projekte wie Stuttgart 21 und den Rhein-Ruhr-Express geschaffen.

Aufgrund des großen Erfolgs des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms werden allein zur Unterlegung bereits erfolgter Förderzusagen weitere 55 Millionen Euro in 2009 eingestellt. 45 Millionen Euro aus dem Maßnahmenpaket werden für Maßnahmen der städtebaulichen Förderung umgeschichtet, um auch für den Stadtumbau in West und Ost sowie den experimentellen Städtebau wichtige Impulse anzustoßen.

## Familie

Die erfreuliche Entwicklung bei der Inanspruchnahme des Elterngelds sowie bei der gestiegenen Geburtenzahl schlägt sich in einer Erhöhung der Ausgaben für das Elterngeld um rund 255 Millionen Euro nieder.

## Inneres

Die Durchführungsmittel für Integrationskurse wurden um knapp 20 Millionen Euro erhöht, um insbesondere Menschen aus einkommensschwachen Haushalten mehr Chancen zu geben. Gleichzeitig ist es uns gelungen, die Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus auf dem hohen Niveau von 24 Millionen Euro zu halten.

## Außenpolitik

Um die deutsche Politik der Friedenserhaltung in den internationalen Krisenherden zu stärken, werden unter anderem zusätzlich 30 Millionen Euro für zivile Maßnahmen der Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung und weitere Mittel für das humanitäre Minenräumen bereit gestellt. Auch die Stabilitätspakte Afghanistan und Südosteuropa werden um 50 Millionen Euro aufgestockt.

## Viel erreicht, viel zu tun.

### Broschüre zu 10 Jahren SPD-Politik in der Bundesregierung



Unter [www.politikmonitor.spd.de](http://www.politikmonitor.spd.de) kann im Internet eine Bilanz über 10 Jahre SPD-Politik in der Bundesregierung abgerufen werden.

In der sehr informativen Broschüre wird zu den wichtigsten Politikfeldern aufgezeigt, welche Erfolge unter sozialdemokratischer Handschrift verwirklicht worden sind. Die Themen lauten u.a. Gute Arbeit für alle, Soziale Sicherheit und vorsorgender Sozialstaat, Kinder und Familien, Klimaschutz, Ökologie und Energiewende.

Daneben wird eine Zwischenbilanz sozialdemokratischer Regierungspolitik in zehn Punkten gezogen: „Deutschland 2008: Moderner, gerechter, zukunftsfähiger“. Nach den bleiernen Jahren der Ära Kohl hat die SPD gehandelt, mutige Reformen angepackt und das Land erfolgreich verändert.

### 28 Milliarden Euro Entlastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu 2006

Im Rahmen des im Oktober beschlossenen Stabilitätspaketes 2009 soll der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 3,3 Prozent auf 3 Prozent abgesenkt werden. Vom 1. Januar 2009 bis 30. Juni 2010 wird der Beitragssatz per Rechtsverordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales auf 2,8 Prozent gesenkt. Die gesetzliche Regelung (BT-Drucksache 16/10806) wurde am 12. November 2008 in 1. Lesung beraten. Durch die dauerhafte Senkung des Beitragssatzes auf 3 Prozent werden die Lohnnebenkosten gesenkt und positive Signale auf dem Arbeitsmarkt für die Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse gesetzt.

Die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt hat zu einer besseren Entwicklung des Haushalts der

Bundesagentur für Arbeit geführt als erwartet. Die Beitragssatzsenkung ist deshalb mittelfristig selbst dann stabil zu finanzieren, wenn die Arbeitslosigkeit in den kommenden schwierigen Monaten leicht ansteigen sollte.

Der Beitragssatz zur Arbeitsförderung wurde bereits zum 1. Januar 2007 von 6,5 Prozent auf 4,2 Prozent und zum 1. Januar 2008 auf 3,3 Prozent gesenkt. Durch die Senkung des Beitragssatzes von 6,5 Prozent auf 3 Prozent werden die Beitragzahlenden jährlich um insgesamt rund 28 Milliarden Euro entlastet; davon entfallen rund 2,4 Milliarden Euro auf die Senkung von 3,3 Prozent auf 3 Prozent.

## Verbesserter Schutz von Arbeitszeitkonten

---

### Rechtsunsicherheiten werden beseitigt und Langzeitkonten attraktiver

Immer mehr Beschäftigte lassen sich ihr angespartes Gehalt in längeren Freistellungsphasen auszahlen. Um diese Langzeitkonten attraktiver zu machen und Rechtsunsicherheiten zu beseitigen, wurde der Gesetzentwurf zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen („Flexi II“, BT-Drucksache 16/10289, 16/10901) am 13. November 2008 in 2./3. Lesung beschlossen. Das Gesetz soll am 1. Januar 2009 in Kraft treten.

Neben den traditionellen Überstunden- und Gleitzeitkonten haben sich seit 1998 zunehmend auch Modelle etabliert, bei denen angesparte Arbeitszeit oder angespartes Gehalt für längerfristige Freistellungen von der Arbeit verwendet werden können. Auf diesen sogenannten Langzeitkonten kann geleistete Arbeitszeit längerfristig angespart werden, indem sie in Euro und Cent umgerechnet wird und als Guthaben auf das Konto „eingezahlt“ wird. Aus diesem Guthaben können die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dann befristet Auszeiten vom Beruf finanzieren – etwa für Kinderbetreuung, Pflege, Weiterbildung oder einfach ein Sabbatjahr. Ein Nutzen der Langzeitkonten liegt auch darin, dass Steuern und Sozialversicherungsbeiträge erst anfallen, wenn aus dem Langzeitkonto ausgezahlt wird.

Bisher haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei einer Insolvenz des Arbeitgebers das Risiko getragen, die geleistete Mehrarbeit (bzw. deren Gegenwert auf dem Langzeitkonto) vollständig zu verlieren. Auch bei einem Arbeitsplatzwechsel gab es keine gesetzliche Möglichkeit, das

erworbene Guthaben zum neuen Arbeitgeber mitzunehmen.

Mit dem Gesetz Flexi II werden die Langzeitkonten nun praktikabler und sicherer gemacht:

- Der Begriff Wertguthaben wird neu definiert. Damit soll eine bessere Trennung von Langzeitkonten und Arbeitszeitflexibilisierungskonten ermöglicht werden.
- Die Nutzung von Wertguthaben zur Finanzierung von gesetzlichen und vertraglich vereinbarten Freistellungsansprüchen wird erstmals gesetzlich festgelegt (z. B. für Pflegezeiten und nicht nur bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses).
- Die Portabilität (Übertragbarkeit) der Konten wird ermöglicht. Bei einem Arbeitgeberwechsel kann das Wertguthaben auf die Deutsche Rentenversicherung übertragen werden, so dass eine Auflösung damit nicht mehr erforderlich ist. Die insolvenzrechtliche Absicherung von Wertguthaben wird verbessert.
- Vereinbarungen zu Wertguthaben sind in Zukunft bei fehlendem Insolvenzschutz kündbar.
- Betriebsprüfer der Rentenversicherung können feststellen, ob die Insolvenzschutzregelung getroffen wurde und ob diese den gesetzlichen Vorgaben des Insolvenzschutzes entspricht.
- Für den Fall einer ungenügenden Insolvenzsicherung, ist im Gesetzentwurf ein Schadenersatz für den Arbeitnehmer vorgesehen.

### Einführung einer Sofortmeldepflicht zur Sozialversicherung

Für 2007 wird der Umfang der Schattenwirtschaft auf 349 Milliarden Euro beziffert. Das entspricht 14,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Um Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung effizienter zu bekämpfen, hat die Bundesregierung das Maßnahmenpaket „Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt“ beschlossen. Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (BT-Drucksachen 16/10488, 16/10903), der am 13. November 2008 in 2./3. Lesung beschlossen wurde, werden Teile dieses Pakets umgesetzt.

Durch die Einführung einer Sofortmeldepflicht zur Sozialversicherung wird die Überprüfung durch Kontrollbehörden vereinfacht. Derzeit sieht die Regelung vor, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit der ersten Lohn- und Gehaltsabrechnung, spätestens sechs Wochen nach Beschäftigungsbeginn, anmelden müssen. Die Praxis zeigt jedoch, dass es bei Kontrollen zu Schwierigkeiten bei der eindeutigen Identifizierung kommen kann, wenn noch kein Eintrag bei der Deutschen Rentenversicherung vorliegt. Durch die sofortige Meldung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Beginn der Beschäftigung, soll dem vorgebeugt werden. Zudem soll die Mitführungs- und Vorlagepflicht von Personaldokumenten eingeführt werden.

Bei Kontrollen müssen die Behörden zur Identitätsfeststellung auf geeignete Dokumente zurückgreifen können. Dies gilt insbesondere bei ausländischen Beschäftigten. Ausweise wie Sozialversi-

cherungsausweis oder Führerschein sind dafür nicht geeignet. Um die Mitführungs- und Vorlagepflicht zu gewährleisten, werden die Arbeitgeber zur Belehrung ihrer Beschäftigten verpflichtet. Die beiden Maßnahmen sollen für Wirtschaftsbranchen gelten, in denen ein erhöhtes Risiko für Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung besteht. Damit die Daten im Fall einer Abfrage durch Behörden möglichst aktuell sind, wird des Weiteren das Meldeverfahren bei den Trägern der Deutschen Rentenversicherung geändert. Vorgesehen ist, dass Meldebehörden in Fällen einer Geburt, Anschriftenänderung oder im Sterbefall die Anschriftendaten übermitteln.

### Ergänzung zum Eigenheimrentengesetz

Darüber hinaus enthält der Gesetzentwurf eine Änderung des Sozialhilferechts. Mit dem Gesetz zur verbesserten Einbeziehung der selbstgenutzten Wohnimmobilie in die geförderte Altersvorsorge (Eigenheimrentengesetz – ERG) wird unter anderem die steuerliche Förderung des Aufbaus einer kapitalgedeckten zusätzlichen Altersvorsorge verbessert. So werden Bezieher einer Rente wegen voller Erwerbsminderung aus der gesetzlichen Rentenversicherung in den geförderten Personenkreis einbezogen. Die Übernahme von Beiträgen für eine angemessene Altersvorsorge auch für hilfebedürftige und dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen wird durch eine entsprechende Ergänzung des Leistungsumfangs im Vierten Kapitel des SGB XII ermöglicht.

## Gesine Schwan online

### Infos und Reden der SPD-Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten

Gesine Schwan legt ihre Kandidatur für das Amt der Bundespräsidentin als "Brückenschlag über die Parteigrenzen hinweg" an. In einer Reihe von Vorträgen bis Mai 2009 will sie die zentralen Fragen der Gesellschaft aufgreifen und dabei auch ein sozialdemokratisches Gesamtkonzept sichtbar machen.

Der erste Vortrag fand in München am 9. November statt. Sie sprach dort zum Thema: „**Aus der Vergangenheit lernen heißt Zukunft gewinnen**“

Die zweite Rede hält Gesine Schwan am 7. Dezember in Halle zum Thema: "**Gerechtigkeit und Bildung: für eine Politik der Chancen**". Denn noch immer werden die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen vor allem von ihrer sozialen Herkunft bestimmt. Gesine Schwan zeigt in ihrer Rede Wege zu einer gerechteren Verteilung von Bildung, zu Zukunftschancen für alle auf.

Weitere Termine: 15.2.2009, Aachen: **Wir brauchen**

**das soziale Europa**; 8.3.2009, Essen: **Arbeit, Anerkennung und Zusammenhalt**; 5.4.2009, Hamburg: **Globalisierung gestalten und gemeinsam gewinnen**.

Gesine Schwan setzt dabei auf die Diskussion von unten: "Sprecht über diese Vorträge, nehmt die Ideen auf und gebt sie weiter", so ihre Bitte an die Partei. Ihr gehe es um die sozialdemokratische Antwort auf die Frage, wie die globalisierte Welt gerecht gestaltet werden könne.



Mit Gesine Schwans Kandidatur soll eine breite Debatte in Gang gesetzt werden. Es ist eine große Chance für die SPD, mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren, wie unsere Gesellschaft aussehen soll.

Die Reden von Gesine Schwan werden auf ihrer Homepage eingestellt:  
[www.gesine-schwan.de](http://www.gesine-schwan.de)

### Kernfamilie wird begünstigt

Die Einigung zur Erbschaftsteuer ist ein hart erarbeiteter Kompromiss, der einiges abverlangt hat. Aber, die Erbschaftsteuer bleibt erhalten. Den Bundesländern bleiben 4 Milliarden Euro erhalten, die sie für gute Bildung, für die Kinder, für eine gute Zukunft des Landes einsetzen können. Millionen erben werden auch in Zukunft Erbschaftsteuer zahlen müssen und Betriebe, die nachhaltig Arbeitsplätze erhalten, werden entlastet.

Ein ganz wichtiger Erfolg ist es, dass sich künftig die Bewertung aller Vermögensarten einheitlich am wirklichen Wert orientiert. Das war immer schon eine Forderung der SPD-Bundestagsfraktion, noch lange bevor das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber das vorgegeben hat. Die SPD-Bundestagsfraktion hat immer kritisiert, dass sowohl das Betriebsvermögen als auch das Grundvermögen verglichen mit den anderen Einkunftsarten steuerlich viel zu niedrig bewertet wird. Damit ist es jetzt vorbei. Die Erbschaftsteuer wird künftig eine ehrliche und gerechte Bemessungsgrundlage bekommen.

### Kernfamilie wird begünstigt

Mit dem jetzt gefunden Kompromiss wird die Kernfamilie (Ehe-/Lebenspartner sowie Kinder) gegenüber den bisherigen Regelungen stark begünstigt. Wird Wohneigentum unter Ehepartnern oder eingetragenen Lebenspartnern vererbt, ist unabhängig vom Wert der Immobilie keine Erbschaftsteuer zu zahlen. Kinder müssen keine Erbschaftsteuer zahlen, wenn die Wohnfläche nicht größer als 200 Quadratmeter ist.



**Für Wohneigentum, das an den Ehepartner vererbt wird, fällt keinerlei Erbschaftsteuer an**

Die Erben dürfen die Immobilie allerdings in den ersten zehn Jahren nach der Erbschaft nicht verkaufen, vermieten oder verpachten. Ansonsten ist die Immobilie grundsätzlich erbschaftsteuerpflichtig, abzüglich der Freibeträge. Daneben können Ehegatten und eingetragene Lebenspartner für

ererbtes sonstiges Vermögen einen Freibetrag von 500.000 Euro geltend machen, für Kinder gilt ein Freibetrag von 400.000 Euro.

Außerhalb des engen familiären Umfeldes werden höchste Vermögen und Vermögensübertragungen einen höheren Beitrag zum Steueraufkommen leisten. Die Tarife für die Steuerklassen II und III (Geschwister, Nichten und Neffen, Nichtverwandte) bleiben gegenüber dem Gesetzentwurf unverändert: In Steuerklasse II gilt ein Freibetrag von 20.000 Euro, vorher 10.300 Euro. In Steuerklasse III steigt der Freibetrag von 5.200 Euro auf 20.000 Euro.

Bei den Regelungen für die Kernfamilie wollte die CSU die eingetragenen Lebenspartnerschaften nicht mit Eheleuten gleichstellen. Das war für die SPD-Bundestagsfraktion nicht akzeptabel und hat sich damit auch durchgesetzt.

### Steuerprivileg für Unternehmen

Für Firmenerben wird es zukünftig zwei Optionen geben, deren Wahl bindend ist, d.h. nachträglich nicht geändert werden kann.

Option 1: Firmenerben, die den ererbten Betrieb im Kern sieben Jahre fortführen, werden von der Besteuerung von 85 Prozent des übertragenen Betriebsvermögens verschont. Voraussetzung dafür ist, dass die Lohnsumme nach sieben Jahren höchstens um ein Drittel gesunken ist. Weitere Voraussetzung ist, dass das im Betrieb befindliche Verwaltungsvermögen (z. B. an Dritte überlassene Grundstücke, Picasso, Edelsteine, Wertpapiere) nicht höher als 50 Prozent ist.

Option 2: Firmenerben, die den ererbten Betrieb im Kern zehn Jahre fortführen, werden komplett von der Erbschaftsteuer verschont. Voraussetzung ist, dass die Lohnsumme der zum Erbzeitpunkt entspricht. Außerdem darf sich zum Zeitpunkt des Betriebsübergangs nicht mehr als 10 Prozent Verwaltungsvermögen im Betriebsvermögen befinden. Es soll verhindert werden, dass das Verwaltungsvermögen kurz vor der Übertragung entnommen und dann wieder dem Betrieb zugeführt wird. Diese 10-prozentige Grenze war uns sehr wichtig, weil dadurch hohe Steuerausfälle nicht zu befürchten sind.

### Inkrafttreten der neuen Regelung

Der Deutsche Bundestag hat die Erbschaftsteuerreform Ende November beschlossen. Die Bundsratsitzung soll das Gesetzgebungsverfahren am 12. Dezember abschließen. Das neue Erbschaftsteuergesetz tritt dann zum 1. Januar 2009 in Kraft.

### Flexibilisierung des Antrags auf Elterngeld

Am 13. November hat der Deutsche Bundestag in 2./3. Lesung den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und CDU/CSU eines Gesetzes zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BT-Drucksachen 16/9415, 16/10689) beschlossen.

Mit dem Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU/CSU und SPD werden die bisherigen Nachteile aus Wehr- und Zivildienstzeiten bei der Berechnung des einkommensabhängigen Elterngeldes ausgeglichen. Die betroffenen Monate werden, wie auch in den Fällen schwangerschaftsbedingter Erkrankung, aus dem Bemessungszeitraum herausgenommen und durch frühere Monate ersetzt.



Bei der Nutzung der Partnermonate eröffnete die bisherige Regelung unterschiedliche Gestaltungs-

möglichkeiten, je nachdem, ob vor der Geburt beide Eltern oder nur ein Elternteil Erwerbseinkommen erzielt hat. Um eine intensivere Bindung des zweiten Elternteils zum Kind zu erreichen, wird nunmehr eine einheitliche Mindestbezugsdauer von zwei Monaten für alle Eltern eingeführt, die Elterngeld in Anspruch nehmen. Die Gesetzentwürfe sehen weiterhin eine Flexibilisierung des Antrags auf Elterngeld vor. Bisher war nur eine einmalige Änderung des Elterngeldantrags in besonderen Härtefällen möglich.

Neu eingeführt wird in bestimmten Fällen ein Anspruch von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gegenüber ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern auf Elternzeit für die Betreuung ihrer Enkelkinder. Damit sollen minderjährige beziehungsweise junge volljährige Eltern in der Ausbildung darin unterstützt werden, ihre begonnene schulische beziehungsweise berufliche Ausbildung ohne erhebliche Verzögerung zu beenden.

Die Fraktion der SPD befürwortet die zweimonatige Mindestbezugsdauer des Elterngeldes, denn betroffene Väter hatten vorgetragen, dass es mitunter schwierig sei, zwei Monate Elternzeit im Betrieb durchzusetzen. Deswegen soll mit der nunmehr vorgesehenen Regelung den jungen Eltern der Rücken gegenüber ihren Arbeitgebern gestärkt werden. Dies ist ebenso wie die Großelternzeit und die Flexibilisierung der Antragstellung eine wichtige Unterstützung für junge Eltern in schwierigen Situationen.

### Verlängerung des OEF-Mandats

---

#### Einsatz gegen internationalen Terrorkampf geht weiter

Der Bundestag hat am 13. November die Verlängerung der deutschen Beteiligung an der OEF-Mission (Operation Enduring Freedom) sowie der Mission Operation Active Endeavor (OAE) beschlossen: Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (BT-Drucksachen 16/10720, 16/10824).

Der Bundestag unterstützt mit dem deutschen Einsatz auch weiterhin die beiden Missionen, die Reaktionen auf die terroristischen Angriffe gegen die USA im Jahr 2001 sind. Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus dauert nach wie vor an. Daher ist auch weiterhin der Einsatz der

internationalen Gemeinschaft erforderlich. Das entsprechende Mandat der deutschen Beteiligung wurde auf 13 Monate, also bis zum 15. Dezember 2009 verlängert. Über einen weiteren Einsatz wird dann der neue Bundestag entscheiden.

Die Bundesmarine ist im Rahmen des OEF-Mandates am Horn von Afrika sowie angrenzender Seegebiete eingesetzt. Auch im Mittelmeer ist die deutsche Marine aktiv, dort im Rahmen der OAE. Künftig wird die Obergrenze des deutschen Personals für beide Missionen von 1.400 auf höchstens 800 abgesenkt. Wichtig ist: In Zukunft wird auf die Bereitstellung der 100 Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) im Rahmen von OEF verzichtet. Das heißt, dass sich im Rahmen der OEF-Mission keine deutschen Soldaten mehr auf afghanischem Boden befinden werden. Der deutsche Schwerpunkt der Beteiligung in Afghanistan liegt ausschließlich auf der ISAF-Mission.

## Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



Auf der Homepage [www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de) sind 38 Portraits in einer Sonderausgabe abrufbar (Startseite)

### Vorgestellt: Fritz-Rudolf Körper

### Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

#### Biografie

Geboren am 14. November 1954 in Rehborn.



#### Beruflicher Werdegang

1974 Abitur. Studium an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Fachbereich evangelische Theologie, 1982 Theologische Prüfung bei der Evangelischen Landeskirche der Pfalz.

#### Politischer Werdegang

**Seit 1973** Mitglied der SPD

**Seit 1990** Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Bad Kreuznach

**1990 bis 2002** stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Rheinland-Hessen-Nassau

**seit 2002** stellvertretender Vorsitzender des SPD-Regionalverbandes Rheinland

**1979 bis 1994** Mitglied des Gemeinderates Rehborn

**1994 bis 1998** Mitglied der SPD-Kreistagsfraktion Bad Kreuznach

**1979 bis 1990** Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz.

**Seit 1990** Mitglied des Bundestages

**1994 bis 1998** innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

**1998 bis November 2005** Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern

**Seit November 2005** stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion.

#### 10 persönliche Fragen an Fritz-Rudolf Körper

##### 1. Welche politischen Vorbilder haben Sie?

Brandt, wegen seiner Ostpolitik bin ich 1973 in die SPD eingetreten.

##### 2. Wen würden Sie gerne einmal treffen?

Condoleezza Rice, die derzeitige amerikanische Außenministerin. Wir beide sind am 14.11.1954 geboren.

##### 3. Ihre liebsten Urlaubsziele?

Die Ostsee.

##### 4. Ihre Leidenschaften?

Gemeinsames Kochen und dazu Gäste einladen.

##### 5. Ihr politisches Leitmotiv?

Christliche Nächstenliebe.

##### 6. Ihre Lieblingsfilme?

„Einer flog über das Kuckucksnest“ von Milos Forman  
„Terminal“ von Steven Spielberg.

##### 7. Ihre Lieblingsmusik bzw. Lieblingslieder?

Udo Jürgens und Johann Strauß.

##### 8. Wen oder was nehmen Sie auf eine einsame Insel mit?

Tina.

##### 9. Ihre Lieblingsbücher?

„Memed, mein Falke“ von Yasar Kemal, „Lügen in Zeiten des Krieges“ von Louis Begley.

##### 10. Über wen lachen Sie am liebsten?

Über gutes politisches Kabarett.

## Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2008 / 2009

Verbleibende Sitzungswochen 2008 sind die 49. und 51. Kalenderwoche. Für 2009 wurden bislang die 4., 5., 7., 10., 12., 13., 17., 19., 20., 22., 25. und 27. Kalenderwoche festgelegt. Voraussichtlich am 27. September 2009 ist Bundestagswahl.

In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages finden die Plenarsitzungen sowie die Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen statt. Die Bundestagsabgeordneten sind in diesen Wochen in der Regel von Montag bis Freitag in Berlin.

## Infos zu Martin Dörmann, MdB

### Mitgliedschaften in Gremien

- Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Unterausschuss Neue Medien
- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (stellv. Mitglied)
- Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Arbeitsgruppe Energie der SPD-Bundestagsfraktion
- Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post, und Eisenbahnen

### Funktionen in der SPD-Bundestagsfraktion

- Stellv. wirtschaftspolitischer Sprecher
- Berichterstatter für Telekommunikation sowie Luft- und Raumfahrt

### Bundestagswahlkreis 94 (Köln I)

Martin Dörmann ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zu dem die Stadtbezirke **Porz** und **Kalk** sowie die **nördliche Innenstadt** gehören. Der Wahlkreis reicht somit vom „Colonius“ über den Dom und die Kölnarena bis zum Flughafen.

## Büroanschriften

### Martin Dörmann, MdB

#### Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Dorotheenstraße 101, Raum 4.650

Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

eMail: [martin.doermann@bundestag.de](mailto:martin.doermann@bundestag.de)

Mitarbeiterteam:

Stefan Stader (Büroleiter), Dr. Marc Drögemöller, Sabine Schmidt

**Internet-Homepage:**

[www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de)

#### Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327  
51143 Köln (Porz)  
Telefon: 02203 / 52144  
Fax: 02203 / 51044

Mitarbeiterteam:  
Elke Heldt (Büroleiterin), Tim Cremer  
eMail:  
[martin.doermann@wk.bundestag.de](mailto:martin.doermann@wk.bundestag.de)

#### Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212  
51103 Köln (Kalk)  
Telefon: 0221 / 8704302

Homepagebeauftragter:  
Ralf Seinmeier

#### Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b  
50672 Köln (Innenstadt)  
Tel. 0221 / 169 195-77  
Fax 0221 / 169 195-79  
Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach  
eMail:  
[koelner-spd-mdb@netcolgne.de](mailto:koelner-spd-mdb@netcolgne.de)



## IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

**Herausgeber:** Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

**Redaktion dieser Ausgabe:** Martin Dörmann (verantwortlich), Sabine Schmidt, Marc Drögemöller, Stefan Stader

**Bildnachweis:** Paul-Georg Meister/www.pixelio.de (Seite 1), Thomas Max Müller/www.pixelio.de (Seite 15), Stephanie Hofschlaeger/www.pixelio.de (Seite 16), Auswärtiges Amt (Seite 4), Deutscher Bundestag (Seite 17), SPD-Parteivorstand (Seite 3, 10, 17).

Die Berlin Depesche erscheint mindestens 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: [martin.doermann@bundestag.de](mailto:martin.doermann@bundestag.de) (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

**Frühere Ausgaben** sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage:

[www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de)

